

PRESSEMITTEILUNG

Pressesprecher

Dirk Hundertmark

Landeshaus, 24105 Kiel

Telefon 0431-988-1440

Telefax 0431-988-1444

E-mail: info@cdu.ltsh.de

Internet: <http://www.cdu.ltsh.de>

Wirtschaftspolitik

Johannes Callsen und Frank Sauter: Unternehmenssteuer-Reform wird Wirtschaftsaufschwung beflügeln

Zur von der Großen Koalition in Berlin vereinbarten Unternehmenssteuerreform erklärten der wirtschaftspolitische Sprecher, Johannes Callsen, MdL, und der finanzpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Frank Sauter, MdL:

„Für die in der Landtagsdebatte insbesondere vom SSW geäußerten Bedenken gegenüber einer Reform der Unternehmenssteuer haben wir wenig Verständnis. Nachdem auch die SPD auf Bundesebene erkannt hat, dass in anderen Staaten niedrigere Steuersätze zu höheren Steuereinnahmen geführt haben (lower taxes rise more money), sollte auch der SSW an dieser Stelle lernfähig sein und sich für mehr Wirtschaftswachstum einsetzen.

Deutschland hat derzeit im internationalen Vergleich die dritthöchste Steuerbelastung bei Kapitalgesellschaften. Mit der Unternehmenssteuer-Reform sinken die Steuersätze auf 29,8 %; Deutschland liegt dann im internationalen Mittelfeld fast gleichauf mit Dänemark. Damit ist der Wirtschaftsstandort Deutschland endlich wieder international wettbewerbsfähig. Dies wird auch die wirtschaftliche Entwicklung in Schleswig-Holstein positiv unterstützen.

Die Unternehmenssteuer-Reform wird außerdem im Ergebnis Personen- und Kapitalgesellschaften weitgehend gleichstellen. Kapitalgesellschaften und Personenernehmen werden so um rund 30 Mrd. Euro entlastet. Dies bedeutet zwar Steuerausfälle in gleicher Höhe. Doch davon werden 25 Mrd. Euro gegenfinanziert durch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlage und den höheren Anreiz, Gewinne in Deutschland zu versteuern. Die verbleibenden 5 Mrd. Euro gefährden nicht die dringend notwendige Sanierung der öffentlichen Haushalte.

Wenn der SSW kritisiert, dass die letzte Steuerreform nicht zu den erhofften wirtschaftlichen Impulsen geführt hat, dann lag dies an handwerklichen Fehlern der rot-grünen Bundesregierung, die mit ihrer Steuerreform Verlustverrechnungen im Ausland lukrativer gemacht hat als Investitionen in Deutschland“.